

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderätinnen Mag. Caroline Hungerländer (ÖVP) und Ingrid Korosec (ÖVP) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 24.01.2024.

Steigerung der Arbeitsmarktattraktivität und Arbeitsmarktintegration

Arbeit ist nicht nur ein essentieller Bestandteil der persönlichen Entwicklung, sondern auch ein Schlüsselfaktor für die Integration von Migranten in die österreichische Gesellschaft. Das Ziel besteht darin, Arbeitsplätze attraktiver zu gestalten und Anreize zur aktiven Teilnahme am Arbeitsmarkt zu schaffen.

Oft entsteht der Eindruck, dass Menschen eher ins Sozialsystem als in den Arbeitsmarkt zuwandern wollen. Um dem entgegenzuwirken, braucht es die Umstellung von Geldleistungen auf verstärkte Sachleistungen für Migranten. Diese Umstellung fördert nicht nur die Eigenverantwortung, sondern stellt auch sicher, dass die Unterstützung gezielter für die Bedürfnisse der Betroffenen eingesetzt wird.

Zusätzlich sollen Sozialleistungen an Migranten erst nach einer Mindestaufenthaltsdauer von fünf Jahren in Österreich in voller Höhe ausbezahlt werden. In den ersten fünf Jahren sollte eine Reduzierung auf die Hälfte erfolgen. Diese Maßnahme bietet sowohl einen Anreiz für einen raschen Einstieg in den Arbeitsmarkt als auch für eine langfristige Arbeitsmarktbindung.

Außerdem müssen Sozialmissbrauchsfälle in Wien wirksam eingedämmt werden. Dies erfordert eine strengere Überprüfung des erforderlichen Arbeitswillens aller Mindestsicherungsbezieher. Im Bundesländervergleich darf Wien nicht mehr länger als Sozialleistungsmagnet fungieren. Daher sollen Sozialleistungen wie Energiekostenzuschüsse oder Mietbeihilfen bundesländervergleichend evaluiert werden.

Insgesamt muss das Ziel sein, die Arbeitsmarktattraktivität zu steigern und folglich die Arbeitsmarktintegration zu fördern. Damit soll eine nachhaltige Bindung an den Arbeitsmarkt ermöglicht und der Integrationsprozess erleichtert werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der

Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, den Wiener Arbeitsmarkt attraktiver zu gestalten und die Integration von Migranten in den österreichischen Arbeitsmarkt zu fördern. Hierfür sind insbesondere folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Vermehrt Sachleistungen statt Geldleistungen sowie eine Mindestaufenthaltsdauer von fünf Jahren in Österreich, bevor Migranten die volle Höhe der Sozialleistungen beziehen können.
2. Eindämmung des Sozialmissbrauchs in Wien durch strengere Überprüfung des erforderlichen Arbeitswillens aller Mindestsicherungsbezieher sowie die bundesländerübergreifende Überprüfung von sonstigen Sozialleistungen (Energiekostenzuschüsse, Mietbeihilfen etc.), um Wien nicht als Sozialleistungsmagnet zu positionieren.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 24.01.2024

